



Presseschau vom 17.03.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

lug-info.com: **Fünf Jahre LVR: Leutnant Jekaterina Lopatsch: „Zurück in die Ukraine führt kein Weg.“**

Vom Dienst in der Armee, von der Familie, vom Frieden erzählt die Assistentin des Leiters eines Versorgungsbataillons, Leutnant der Volksmiliz der LVR Jekaterina Lopatsch anlässlich des internationalen Frauentages im Rahmen des Projektes *5 Jahre LVR – mit der Republik im Herzen* dem Lugansker Informationszentrum (LIZ).

LIZ: Wo stammen Sie her ?

J.L.: Ich bin von hier, eine echte Luganskerin. Geboren, aufgewachsen, gelernt – alles hier in Lugansk. Die Eltern sind auch von hier.

LIZ: Was haben Sie vor dem Krieg gemacht ?

J.L.: Ich habe an einer Schule als Deutschlehrerin gearbeitet. Vorher hatte ich die Fremdsprachenschule absolviert, dann die Lugansker nationale Universität *Taras Schewtschenko*. Sechs Jahre war ich an der Schule № 60 und habe dort auch gelebt.

LIZ: Haben Sie sich vor dem Krieg für Politik interessiert ?

J.L.: Überhaupt nicht. Wir gingen zu den Wahlen, sonst nichts. Ich habe eine Familie und ein Kind, damit war ich nach der Arbeit beschäftigt.

LIZ: Wie haben Sie den Beginn unserer dramatischen Ereignisse erlebt ?

J.L.: Wir sind aufgewacht, weil sich das Kind vom Lärm der Flugzeuge erschreckt hat. Mein Sohn konnte das nicht begreifen – Maschinengewehrsalven. Man musste ihn irgendwie beruhigen. So haben meine Familie und ich das erlebt.

LIZ: Und dann begann der Beschuss ?

J.L.: Ja. Bei uns im Süden der Stadt konnte man das gut hören, und Folgen hatte es

auch. Im Haus meiner Mutter nebenan schlug eine Granate ein. Zu der Zeit waren wir alle zu Hause und nicht bei den Eltern. Nur deshalb sind wir am Leben geblieben und niemand hat gelitten.

LIZ: Und was dann ?

J.L.: Als im Sommer der massenhafte Beschuss begann bin ich mit meinem Kind nach Russland gefahren. Am 26. September sind wir zurückgekehrt. Ich ging bis zu meinem Eintritt in die Armee im Januar wieder zurück an meine Schule.

LIZ: Weshalb haben Sie sich zum Dienst in der Armee entschlossen ?

J.L.: Erstens, weil mein Mann schon dort war. Der Dienst kostete ihn viel Zeit, und anfänglich bin ich dorthin gegangen, um mehr mit ihm zusammen zu sein. Außerdem waren da die patriotischen Gefühle. Ich machte mir Sorgen um die Heimat, um unsere Stadt, um die Menschen. Viele haben doch sehr gelitten.

LIZ: Was haben Sie bisher in der Volksmiliz gemacht ?

J.L.: Zuerst war ich Sachbearbeiterin. Jetzt beschäftige ich mich mit Treib- und Schmierstoffen.

LIZ: Was hat sich von diesen fünf Jahren eingeprägt ?

J.L.: Alles war neu, wir hatten so etwas noch nie erlebt. Den Krieg kannten wir nur aus Filmen, sonst nichts. Niemals vorher gab es in meinem Leben Uniform, Struktur, militärische Disziplin.

LIZ: Ist es schwer ?

J.L.: Hier geht alles glatt, hat sich eingelaufen. Ich kann mir auch gar nicht vorstellen, wie es anders sein könnte. Schwer höchstens, weil die Zeit für die Familie nicht reicht. Manchmal muss ich meinem Sohn irgendwas am Telefon erklären oder ihn bei jemand anderem unterbringen usw.. Ich habe keinen Nachtdienst, aber gibt Fälle, wo ich hier übernachten muss. Und dann muss das Kind zu den Eltern.

LIZ: Was war das wichtigste von diesen Ereignissen ?

J.L.: Bei uns gibt es keine so herausragenden Ereignisse wie z.B. bei den Kampfeinheiten. Alles ist alltägliche Arbeit. Wir sitzen im Büro und machen unseren Job. Letztes Jahr allerdings mussten wir die Maiparade organisieren. Stellen Sie sich mal all diese die Vorbereitungen dazu vor, den Weg der mechanisierten Kolonne. Wenn man das im Fernsehen sieht, sieht alles interessant und schön aus. Das war schon anstrengend. Die Technik ist in keinem einheitlichen Zustand. Das sind Maschinen, die an der Front in der ersten Reihe eingesetzt werden! Da blättert schon mal Farbe ab, gibt es Rost und endlose Reparaturen.

LIZ: Und was muss man machen ?

J.L.: Wie, was? Das wird alles in Ordnung gebracht, wird angemalt, 'angehübscht', gefettet, und alle sehen das Resultat. Ich habe den Prozess selbst verfolgt, das hat natürlich beeindruckt. Die Soldaten leben dort und kümmern sich um die Technik. Das ist das, was hängengeblieben ist. Wenn man das Fertige sieht, denkt man: „Es kommt aus der Halle, steht bereit und wir fahren los“. Nein, nein, das ist alles kolossale Arbeit.

LIZ: Unterstützt Sie ihre Familie ?

J.L.: Die Eltern unterstützen mich, natürlich.

LIZ: Wie sehen Sie die weitere Entwicklung der Situation im Donbass ?

J.L.: Ich möchte dass alles gut wird. Die Zukunft voraussagen ist schwierig, und wir haben eigentlich kein Recht dazu. Aber es ist zu erkennen, dass sich alles zum Besseren bewegt. Jedes Jahr gibt es positive Dynamik, alles wird vervollkommnet – eigentlich nur Pluszeichen.

LIZ: Und was wünschen Sie sich persönlich ?

J.L.: Ich bin zuversichtlich, dass alles gut und friedlich wird, ohne Beschuss, aber wie weiß der liebe Gott. Eins ist klar: Zurück in die Ukraine geht es niemals. Wir hoffen alle sehr, dass wir da nie wieder hinkommen. Das wichtigste ist Frieden, damit unsere Kinder unter einem friedlichen blauen Himmel aufwachsen. Alles andere ist nebensächlich.



http://img.lug-info.com/cache/e/a/Ekaterina_Lopach.jpg/w620h420wm.jpg

Wpered.su: Kommunisten der DVR nahmen an einem Runden Tisch zu Problemen aktueller internationaler Beziehungen teil

Am 15. März fand in der Donezker Nationaluniversität der III. Jährliche internationale Runde Tisch „Aktuelle Probleme von Ländern und Regionen der Welt: Probleme der internationalen Anerkennung der Unabhängigkeit von Staaten“ statt. Der Runde Tisch war dem 20. Jahrestag der Gründung des Lehrstuhls gewidmet, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Ehrengäste der Donezker Nationaluniversität waren der stellvertretende Außenminister der DVR Sergej Peresada, die Abgeordneten des Volkssowjets der DVR Miroslaw Rudenko, Oleg Onopko, der erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der DVR Boris Litwinow sowie der leitende Mitarbeiter des Instituts für Orientwissenschaft der Russischen Akademie der Wissenschaften (Moskau) Michail Roschtschin. Außerdem waren am Runden Tisch ausländische Gäste über Videoverbindung beteiligt.

Die Teilnehmer des Runden Tisches erörterten allseitig Fragen der aktuellen internationalen rechtlichen Praxis der Anerkennung von Staaten und Regierungen, ökonomische Perspektiven der Entwicklung nicht anerkannter und teilweise anerkannter Staaten, Probleme nicht anerkannter Staaten im postsowjetischen Raum und Probleme der Gewährleistung der Einheit und territorialen Integrität eines Staates unter Bedingungen des Kampfes der Völker für Selbstbestimmung.

Der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow verlas vor den Teilnehmern des Runden Tisches ein Grußwort von Abgeordneten der KPRF-Fraktion der Staatsduma der Russischen Föderation und übergab sie an den Fachlehrstuhl der Universität. Weiter unterstrich Boris Litwinow in seinem Beitrag, dass in der internationalen Praxis Basiskriterien für die Anerkennung neuer Staaten folgende sind: das Vorhandensein eines Territoriums, das Vorhandensein einer ständig dort lebenden Bevölkerung, das Vorhandensein einer handlungsfähigen Regierung, die Fähigkeit des Staates, internationale Beziehungen auf der Grundlage der Einhaltung der Rechte und Freiheiten des Menschen herzustellen. Aber zu diesen Kriterien muss noch die öffentlich ausgedrückte Absicht der Mehrheit der Bevölkerung, ihren neuen Staat aufzubauen und zu verteidigen, hinzukommen. Alle Kriterien, durch die sich die Weltgemeinschaft leiten lässt, wurden bei der Gründung der Donezker Volksrepublik erfüllt. Indem die Einwohner des Donbass auf einem der grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechts operieren, das das Recht jedes Volkes bezeichnet, die Frage seiner staatlichen Existenz selbständig zu entscheiden, haben die Einwohner des

Donbass das Recht, auf eine breite internationale Anerkennung sowohl der Donezker als auch der Lugansker Volksrepublik zu rechnen. Aber die geopolitischen Konflikte der „großen Mächte“ und die Praxis der „doppelten Standards“ im internationalen Recht befördern keine friedliche Entwicklung innerhalb der ukrainischen Konflikte und keine Schaffung von Bedingungen für eine friedliche Koexistenz der Völker, die ihren Entwicklungsweg gewählt haben. In seinem Beitrag lenkte der erste Sekretär des ZK der KP der DVR die Aufmerksamkeit auf die Praxis der Volks- und gesellschaftlichen Diplomatie. Besondere Aufmerksamkeit schenkten die Teilnehmer des Runden Tisches der Praxis des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der DVR bei der Entwicklung internationaler zwischenparteilicher Verbindungen mit Vertretern von 40 Ländern der Welt. Die Erfahrung der KP der DVR bei der Entwicklung internationaler Verbindungen und die Arbeit mit diplomatischen Vertretern vieler Länder befördert das Vertrauen in unsere Volksrepublik und schafft Voraussetzungen für die Anerkennung unseres Staates. Aber in erster Linie möchte das Volk des Donbass eine solche Anerkennung von der Russischen Föderation. Darauf besteht seit bereits fast fünf Jahren die Fraktion der KPRF in der Staatsduma der Russischen Föderation.

An dem Runden Tisch nahmen Michail Kuchtin, Leiter der internationalen Abteilung des ZK der KP der DVR, Dozent am Lehrstuhl für internationale Beziehungen und Außenpolitik, Kandidat der Politikwissenschaften sowie Wadim Popkow, der erste Sekretär des ZK des Komsomol der DVR teil.

de.sputniknews.com: **Nicaragua: Proteste gegen Präsident Ortega – über 100 Festnahmen**

In Nicaraguas Hauptstadt Managua ist es erneut zu Protesten gegen Präsident Daniel Ortega gekommen. Dabei forderten die Demonstranten die Freilassung aller politischen Gefangenen im Land. Polizeikräfte nahmen mehr als 100 Teilnehmer fest, wie die lokale Tageszeitung „La Prensa“ mitteilte.

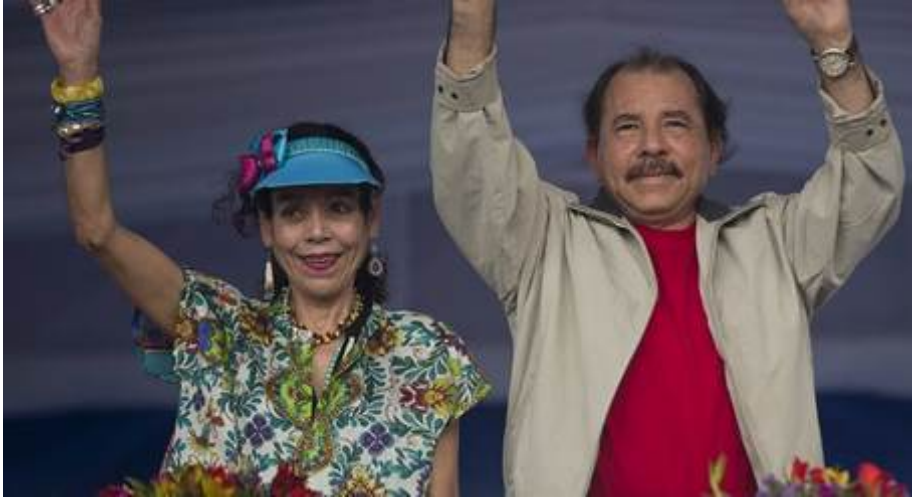
Demnach sprach die zivile Opposition Alianza Cívica Nicaragua am Samstag von illegalen Festnahmen und forderte eine sofortige Freilassung der Regierungsgegner.

Wie viele Menschen an den Kundgebungen in der Hauptstadt Managua teilnahmen, blieb zunächst unklar. Die Polizei sprach allerdings von 107 Demonstranten, die vorübergehend festgesetzt worden seien, so die Agentur Reuters am Sonntagmorgen.

In Nicaragua sind seit November Proteste auf den Straßen verboten.

Erste Demonstrationen hatte es vor rund einem Jahr gegeben, nachdem die Regierung überraschend eine Kürzung der Renten bekanntgegeben hatte. Zwar rückte Ortega schon bald von dem Vorhaben ab. Das gewaltsame Vorgehen gegen Demonstranten führte aber zu einer landesweiten Protestwelle. Insgesamt kamen mehr als 320 Menschen ums Leben, 600 weitere wurden verhaftet. Die Opposition spricht von politischen Gefangenen.

Ortega ist seit 2007 im Amt. Die nächsten Präsidentschaftswahl ist 2021. Ortega hat bis dahin Reformen angekündigt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31192/93/311929321.jpg>

Dan-news.info: Einwohner und Gäste der Krim haben den fünften Jahrestag des Referendums über die Wiedervereinigung mit der RF mit einem großen Motorradfahrt begangen. Auch Motorradfahrer aus der DVR haben sich dem angeschlossen.

Die Kolonne wurde auf dem Leninplatz der Hauptstadt der Krim Simferopol gebildet. Die wurde von russischen Vertretern des Motorradklubs „Nachtwölfe“ einschließlich ihres Vorsitzenden Aelxandr Saldostanow („Chirurg“) angeführt. In einer Reihe mit ihnen waren auch Teilnehmer aus der Donbasser Abteilung des Motorradklubs.

„Wir sind hierher gekommen, um unsere Republiken zu vertreten und gemeinsam mit den Krimbewohnern den fünften Jahrestag des „Russischen Frühlings“ zu begehen. Die Flaggen unserer Republiken sind in den ersten Reihen der Kolonne“, sagte der Vorsitzende der Abteilung „Donbass“ des Motorradklubs „Nachtwölfe“ Witalij Kischkunow.

Die Teilnehmer fuhren in die Heldenstadt Sewastopol. Die Kolonne zog sich über mehrere Kilometer, sie schloss hunderte Motorräder, Autos und Busse ein. Die Fahrer hatten an ihnen Fahnen Russlands, der Krim sowie der Republiken des Donbass befestigt. In der Kolonne fuhr auch ein Bus mit Journalisten der Donezker Nachrichtenagentur.

Die große Fahrt endete am Gasfort-Berg in der Nähe von Simferopol. Dort wurde eine große russische Fahne gehisst, danach sahen die Teilnehmer eine schöne Vorführung.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/03/dan-news.info-2019-03-16_16-41-52_190083-----4-1024x683.jpg

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden fünfmal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Solotoje-5, Frunse und Kalinowka**. Geschossen wurde mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **USA wollen mehr als 10.000 zusätzliche Raketen gegen Russland und China – Medien**

Das US-Verteidigungsministerium will mehr als 10.000 gelenkte Raketen anschaffen, um diese künftig möglicherweise gegen Russland und China einzusetzen. Dies berichtet das Webportal „Task and Purpose“.

Demnach schlägt das Pentagon vor, 10.193 gelenkte Boden-Boden-Raketen für Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesysteme im Finanzjahr 2020 zu beschaffen. Die Steigerung der Ausgaben in diesem Bereich soll im Vergleich zum Vorjahr 26 Prozent betragen. Für das Jahr 2019 hatte das US-Verteidigungsministerium 8101 Raketen beantragt. Gegenüber dem Jahr 2018 mit 6936 Raketen betrug die Steigerung 47 Prozent.

Der Preis für diese Waffen, die zur „Neutralisierung oder Unterdrückung feindlicher Feldartillerie- und Luftverteidigungssysteme sowie Ergänzung der Feuerkraft der Kanonenartillerie“ dienen sollen, würde rund 1,4 Milliarden US-Dollar betragen. Dem Portal zufolge ist die sprunghafte Kostenerhöhung bei der Aufstockung des Raketenarsenals auf die Neuausrichtung des Pentagons auf bodengestützte Präzisionswaffensysteme zurückzuführen. Diese werde als Reaktion auf den zunehmenden „Großmacht-Wettbewerb“ mit Russland und China nach der relativen „Niederlage“ des „Islamischen Staates“ im Irak und in Syrien vorgenommen.

Anfang März hatte das Pentagon eine Pressemitteilung zum Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 2020 veröffentlicht. Demnach soll „die Verbesserung der Reichweite und der Vernichtungswirkung der Kanonenartillerie sowie die Erhöhung der Raketenfähigkeiten“ höchste Priorität bei der Modernisierung der Armee haben, um den US-Streitkräften „Überlegenheit auf jeder Ebene“ zu sichern.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32435/87/324358761.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. März 3:00 Uhr bis 17. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Wasiljewka, Spartak, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Alexandrowka), Oktjabrj, Leninskoje, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 180.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 44.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **So stehen Ukrainer zu Russen – TV-Umfrage**

Die überwiegende Mehrheit der Ukrainer hat ein positives Bild von den Russen, wie eine Umfrage des ukrainischen Nachrichtensenders NewsOne ergeben hat.

Die Erhebung wurde während einer von NewsOne ausgestrahlten Talkshow durchgeführt. 21.552 Menschen nahmen insgesamt daran teil. Auf die Frage „Wie sind Sie gegenüber den Russen gestimmt“ antworteten 98 Prozent mit „positiv“.

Lediglich zwei Prozent der Befragten gaben „negativ“ an.

Dan-news.info: **Gratulation des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin zum Tag des Arbeiters der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft**

Liebe Arbeiter der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft der Donezker Volksrepublik! Ich gratuliere Ihnen zum Berufsfeiertag!

Wir alle schätzen Ihren Mut, Ihre Geistesstärke und Ihre Professionalität. Unter Bedingungen von Kriegshandlungen bauen Sie unter Einsatz Ihres Lebens durch Beschuss beschädigte kommunale Netze wieder auf. Unter schwierigsten Bedingungen gewährleisten Sie eine unterbrechungsfreie Funktion der kommunalen Strukturen, die Sauberkeit der Straßen, Wärme und Wasserversorgung. Jeden Tag sehen die Einwohner der Republik die Ergebnisse Ihrer nicht einfachen und oft gefährlichen Arbeit.

In meinem eigenen und im Namen aller Einwohner der Donezker Volksrepublik danke ich Ihnen für die zuverlässige und für die Gesellschaft so notwendige Arbeit!

Ich wünsche Ihnen und den Ihnen Nahestehenden starke Gesundheit, Glück, Frieden und Gutes!

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Hunger und Infektionen in Rukban – Syrer konnten nur gegen Geld fliehen**

Die Koordinationsstäbe Russlands und Syriens haben in einer gemeinsamen Erklärung die Bedingungen im Flüchtlingslager Rukban in der vom US-Militär besetzten Zone al-Tanf sowie die Voraussetzungen für das Verlassen des Camps bemängelt.

Die unerträglichen Bedingungen im Lager verschlechtern sich zusätzlich wegen der Gewaltanwendung seitens der Militanten von US-kontrollierten bewaffneten Gruppen (angeführt von der „Mahavir as-Saura“), Hunger, Kälte und gefährlicher Infektionen sowie dadurch, dass man das Camp nicht verlassen kann“, verlautet es aus dem Schreiben. Der Erklärung zufolge mussten die vertriebenen Personen 300 US-Dollar an die das Lager kontrollierenden Militanten zahlen, um frei zu kommen. Auf diese Weise konnten etwa 800 Menschen Rukban den Rücken kehren.

„Aber heute verlässt niemand mehr ‚Rukban‘. Denn betagte Personen und Menschen mit eingeschränkten Möglichkeiten, Frauen und Kinder verfügen nicht über das nötige Geld“, hieß es.

Die aus dem Rukban-„Getto“ geflohenen Syrer fürchten sich allerdings vor der Veröffentlichung dieser Informationen, da dies die Leben der im Lager verbliebenen Personen gefährden könnte.

Die Koordinationsstäbe appellierten an die Uno, die humanitären Hilfslieferungen nach Rukban zu stoppen. Denn ein erheblicher Teil der Güter diene der Versorgung der US-unterstützten Militanten.

„Wir rufen nachdrücklich dazu auf, die USA zu einer möglichst schnellen Auflösung des Lagers zu bringen. Die Binnenvertriebenen sollen das Lager verlassen können, ohne proamerikanischen Gruppen Abgaben zu zahlen“.

Russland und Syrien fordern bereits geraume Zeit von den Vereinigten Staaten die Einstellung des Flüchtlingslagers.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32435/93/324359376.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 17.03.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **siebenmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von sieben Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 24. und 93. mechanisierten und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Guds, Bryshinskij und Mischantschuk aus **Wasiljewka, Spartak, Trudowskije und Alexandrowka** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Verbrechers Kuratsch **Sachanka, Leninskoje** und **Oktjabrj** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In den letzten 24 Stunden betragen die nicht kampfbedingten Verluste der Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in der Zone der sogenannten OOS zwei. Es ist charakteristisch, dass in letzter Zeit im Zusammenhang mit der Verschiebung der Rotation der Einheiten die **Fälle von Selbstmord unter dem Personal der ukrainischen Soldaten zugenommen** haben. Nach dem von uns veröffentlichten Fall, dass sich ein Soldat des 17. Bataillons der 57. Brigade erhängt hat, wurden weitere Selbstmordfälle aufgedeckt. Unter anderem schoss sich am 16. März ein Soldat der 79. Luftsturmbrigade eine Kugel in den Kopf und am selben Tag beging ein Schütze der 2. Abteilung des 1. Zuges des 42. Bataillons der 57. Panzergrenadierbrigade, der Gefreite S. I. Dorosijenko, Selbstmord. So schafft das Kommando der BFU trotz des „Frühlingswaffenstillstands“ und einem relativen Rückgang der Zahl der Beschießungen weiterhin unerträgliche Bedingungen für das ihm unterstellte Personal und zwingt es aufgrund der Ausweglosigkeit dazu, zu äußersten Maßnahmen zu greifen.

Am 15. März fand im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen auf Basis des 23.

Marinewachbataillons eine dienstliche Besprechung mit den Kommandeuren der Einheiten, die zu den Übungen „Arbalet-Mariupol“ herangezogen werden, zu Fragen der Verstärkung der Bewachung von Objekten der militärischen und zivilen Infrastruktur statt. Im Ergebnis der Besprechung wurde entschieden, praktische Fertigkeiten zur Entminung von sozialen Objekten zu erarbeiten. Zu diesem Zweck wurde von einer Diversions- und Erkundungsgruppe des 73. Zentrums für Spezialoperationskräfte eine hypothetische Verminung eines Bahnhofs und der drei Einkaufszentren „Obshora“, „PortCity“ und „Epizentr“ durchgeführt. Aber gemäß den uns vorliegenden vertraulichen Informationen findet die Verminung von Objekten der sozialen Infrastruktur nicht nur im Rahmen von Übungen statt, sondern hat auch zutiefst politischen Charakter. Der Fall von Verminung bestätigt sich, aber nicht im hypothetischen Format, sondern absolut real.

Wir schließen nicht aus, dass dies einer der Pläne des Gegners zur Destabilisierung der Lage für den Fall, dass die Situation im Verlauf der Präsidentschaftswahlen außer Kontrolle der derzeitigen Regierung gerät, um dann in der Folge uns einer blutigen Provokation zu beschuldigen und dann die Kriegszustand auf den Territorien des Lugansker und Donezker Oblast auszurufen. In diesem Zusammenhang wenden wir uns an die Einwohner von Mariupol und die internationalen gesellschaftlichen Organisationen, die Aufmerksamkeit auf diese Information zu richten und nicht zuzulassen, dass die verbrecherischen Pläne der ukrainischen Truppen realisiert werden.

de.sputniknews.com: **Belgrad: Demonstranten durchbrechen Polizeiabspernung vor Vucic-Residenz**

In der serbischen Hauptstadt Belgrad finden am Sonntag Proteste gegen die Regierung statt. Demonstranten haben nach Angaben des serbischen Innenministeriums die Polizeiabspernung vor der Präsidentenresidenz mit einem Lastwagen durchbrochen.

Mehrere Polizisten wurden demnach angegriffen. Bei den Angreifern handelt es sich laut dem Innenministerium um „mehrere Rabauken“, angeführt vom Leiter der oppositionellen Bewegung „Bündnis für Serbien“.

Der Lastwagen der Demonstranten, auf dem Lautsprecher angebracht waren, hielt vor der Residenz des serbischen Präsidenten, Aleksandar Vucic.

Zuvor hatten Kritiker von Serbiens Staatschef den staatlichen Fernsehsender RTS gestürmt. Die Demonstranten werfen dem Sender vor, nur regierungsfreundlich zu berichten und die Opposition zu wenig zu Wort kommen zu lassen.

Vor der Präsidentenresidenz haben sich mehr als eintausend Menschen versammelt. Sie hielten sich an den Händen und bildeten einen Kreis um die Residenz. Dabei sangen sie die Nationalhymne Serbiens.

Die Kritiker des serbischen Staatschefs fordern, dass Vucic persönlich vor ihnen erscheint und sich ihren Fragen stellt.

Seit dem 8. Dezember geht die Opposition jeden Samstag gegen Vucic auf die Straße. Die Demonstranten werfen der Führung des Landes Korruption und die Verletzung demokratischer Grundsätze vor.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32436/06/324360664.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das **Regime der Feueinstellung fünfmal verletzt**.

Der Hauptteil der Beschusses des Territoriums des Republik erfolgte von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte. Auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko wurde die Umgebung von **Solotoje-5** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Von den Positionen der 10. Gebirgsturbrigade der ukrainischen Streitkräfte wurde die Umgebung von **Frunse** mit Schusswaffen beschossen. Den Befehl zur Durchführung der Beschüsse erteilt der Kriegsverbrecher Subanitsch.

Außerdem wurden Schützenpanzerwaffen im Verantwortungsbereich der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte verwendet, deren Kommandeur der Kriegsverbrecher Garas ist. Der Beschuss erfolgte in Richtung **Kalinowka**.

Insgesamt wurden **etwa 40 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert**.

Die ukrainischen Streitkräfte verstecken sich bei der Durchführung provokativen Beschusses weiter hinter friedlichen Bürgern als lebendem Schild. Diese Tatsache bemerken auch internationale Organisationen. Im Bericht der OSZE-Mission vom 16. März ist wieder eine Information erschienen, dass ukrainische Technik bei Wohnhäusern in den Ortschaften Troizkoje, Loskutowka, Nishneteploje, Orecho-Donzkoje und Swetlodarsk ist. Solche Handlungen sind eine direkte Verletzung der europäischen Menschenrechtskonvention sowie des Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention. Dies beweist ein weiteres Mal, dass die Ukraine zu einem terroristischen Staats abgesunken ist und die internationalen Gesetzgebung missachtet.

Dennoch beschuldigen die ukrainischen Massenmedien weiterhin uns der Verletzung der Minsker Vereinbarungen und lenken so die Aufmerksamkeit der Bürger der Ukraine von den

innenpolitischen und sozialen Problemen ab.

Das moralisch-psychische Niveau der Soldaten der Ukraine in der „OOS“-Zone bleibt äußerst niedrig. Im Zusammenhang damit geht das **Anwachsen der nicht kampfbedingten Verluste in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte** weiter.

Am 15. März entstand im Gebiet von Nowoalexandrowka zwischen zwei Soldaten der 54. mechanisierten Brigade ein Konflikt, in dessen Ergebnis ein Soldat aus nächster Nähe mit einem Maschinengewehr auf seinen Widersacher schoss. Der Soldat starb an Ort und Stelle. Damit ist die Reihe der Misserfolge für den Kommandeur der 54. Brigade Majstrenko nicht zu Ende. Ein paar Stunden nach dem Mord an dem Soldaten beging ein Soldat, der die Ausschreitungen von Seiten des Kommandeurs der Abteilung nicht mehr aushielt, auf einem Beobachtungsposten im Gebiet von Nowoswanowka Selbstmord. Der junge Soldat beendete sein Leben mit einem Schuss in den Kopf.

Diese Verluste werden wie üblich gegenüber den Familien der Soldaten verheimlicht und dem Brigadekommando als kampfbedingt, angeblich aufgrund von Beschüssen von den Positionen der Volksmiliz der LVR, dargestellt.

Die Willkür des kommandieren Personals, die Schaffung unerträglicher Bedingungen und zusammen damit das völlige Fehlen einer Kontrolle über das Personal bringt die Soldaten der Strafoperation zu der Meinung, dass der Dienst in den Reihen der ukrainischen Armee kriminellen Charakter trägt, und zwingt sie, ihren Dienort zu verlassen und auf die Seite der Volksrepubliken überzugehen.

So bemerkten gestern Soldaten einer Einheit der Volksmiliz der LVR, die Kampfaufgaben in Richtung Slawjanoserbsk erledigten, einen Mann, der sich mit erhobenen Händen zu unseren Positionen hin bewegte. Unsere Verteidiger ließen den Unbekannten näher kommen und nahmen ihn fest. Der Festgenommene erwies sich als Soldat der ukrainischen Streitkräfte, wovon die bei ihm gefundenen Dokumente zeugen. Aus verständlichen Gründen veröffentlichen wir seinen Namen nicht.

In kurzer Zeit ist das bereits der zweite Soldat, der die Erniedrigungen der Kommandeure, die Willkür in den Einheiten leid ist und auf unsere Seite übergang.

Zuvor berichteten wir über den Soldaten der 54. Brigade der bewaffneten Formationen der Ukraine Sergej Magdenko, der die Reihen der ukrainischen Streitkräfte aus denselben Gründen verließ und uns über die Situation in der Brigade berichtete.

Um eine Massendesertion von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte zu unterbinden, ist in der Zone der Strafoperation eine Kommission des Sicherheitsdienstes der Ukraine eingetroffen. Die Versuche des Kommandeurs der OOS Najew, dieses Problem mit eigenen Kräften zu lösen, hat zu nichts geführt. Die Verheimlichung von Informationen über die reale Lage der Dinge in den Najew anvertrauten Truppenteilen hat die Situation nur verschärft und seine Hilflosigkeit und Inkompetenz gezeigt.

de.sputniknews.com: **„Schande!“: Russische Botschaft zu SS-Marsch in Lettland**

Die russische Botschaft in Lettland hat den Aufmarsch der Veteranen der Waffen-SS, der am Samstag in der lettischen Hauptstadt Riga stattgefunden hatte, scharf kritisiert. Dies geht aus einer Mitteilung hervor, die die Botschaft auf ihrem Twitter-Account veröffentlichte.

„Es ist eine Schande! Im Zentrum einer europäischen Hauptstadt ‚marschieren‘ wieder mit Ehrenerweisung ehemalige Legionäre der Waffen-SS und ihre Helfershelfer. Und dies im Vorfeld des 75. Jahrestages der Befreiung von Riga von deutsch-faschistischen Eroberern!“, heißt es in der Mitteilung. „Das ist nicht verwunderlich, denn die Demonstration von Hakenkreuzflaggen bei der Feier des hundertsten Jahrestages von Lettland blieb unbestraft“, heißt es weiter.

Während des Zweiten Weltkrieges hatte Nazi-Deutschland in dem besetzten Lettland eine SS-Freiwilligen-Legion gegründet, die aus zwei Waffen-Grenadier-Divisionen bestanden hatte. Später wurde der Begriff „die lettische Legion“ für alle lettischen Einheiten der Waffen-SS

verwendet, einschließlich der Polizeibataillone.

Am 16. März 1944 traten die Einheiten der lettischen Legion im Gebiet Pskow in einen Kampf gegen die Rote Armee ein. Seitdem wird der 16. März als ein Gedenktag der Waffen-SS begangen. Die Veranstaltung, an der üblicherweise hunderte Menschen teilnehmen, wird weltweit von antifaschistischen Organisationen scharf verurteilt.

Die lettische Legion war insgesamt rund 150.000 Mann stark.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32436/19/324361910.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 14:30 Uhr das Feuer in Richtung Wasiljewka mit Granatwerfern sowie Schusswaffen eröffnet.

Unter Beschuss geriet das Territorium der **Wasiljewker Pumpstation**, das Personal befindet sich im Schutzraum.

Derzeit geht der Beschuss mit 120mm-Mörsern weiter.

de.sputniknews.com: **US-Koalitionsangriff im syrischen Baghouz: Zehn Zivilisten tot, darunter Kinder**

Das staatliche Fernsehen Syriens hat am Samstag den Tod von zehn Zivilisten infolge eines Angriffs der US-Koalition auf das Dorf Baghouz in der Provinz Deir-ez-Zor gemeldet.

„Zehn Zivilisten, darunter Kinder, sind infolge eines Luftschlags der internationalen Koalition auf ein Lager in Baghouz ums Leben gekommen“, hieß es.

Die arabisch-kurdischen „Demokratische Kräfte Syriens“ (DKS) kämpfen seit Monaten gegen Reste der Extremistenmiliz IS und werden dabei von der US-geführten internationalen Anti-IS-Koalition unterstützt. Die syrischen Behörden hatten der Anti-IS-Koalition mehrmals vorgeworfen, hochgiftige Phosphorbomben bei den Luftangriffen auf Baghouz eingesetzt zu haben und über Todesopfer unter Zivilisten infolge dieser Attacken berichtet.

Mustafa Bali von den DKS sagte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, dass circa 15.000 Menschen diese grenznahe Region verlassen hätten, nachdem die DKS am 9. Februar die Schlussphase des Sturmangriffs auf Baghouz angekündigt hatten. Nach Angaben der DKS sind die meisten IS-Kämpfer im Dorf Ausländer. Sie hätten Tunnel gegraben, um sich zu schützen.

Die USA und ihre Verbündeten führen seit 2014 eine Operation gegen den IS in Syrien und im Irak. In Syrien handeln sie ohne Genehmigung der Regierung in Damaskus.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32436/25/324362542.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine um 14:50 Uhr das Feuer mit Mörsern des Kalibers 120mm auf **Wasiljewka** eröffnet.

Infolge des Beschusses brennt ein privates Haus, das in einer Sommerhauskooperative liegt. Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer, genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Die Krim mit den Augen einer ukrainischen Journalistin**

Am vergangenen Samstag jährte sich das Krim-Referendum zum fünften Mal, bei dem der Beitritt zu Russland beschlossen wurde. Die Ergebnisse der Abstimmung werden im Westen nicht anerkannt. Die Journalistin der ukrainischen Online-Zeitung „Strana.ua“ Olessja Medwedewa hat die Halbinsel besucht und sie mit der Krim von vor fünf Jahren verglichen. Medwedewa teilt in einer Serie aus vier Reportagen ihre Erlebnisse auf der heutigen Krim mit. In der ersten Folge hatte sie behauptet, dass sich die Russen auf der Halbinsel „endgültig eingenistet“ hätten. In der vierten und letzten Folge resümiert die Reporterin ihre Eindrücke von der Reise.

In den vergangenen fünf Jahren habe Russland mehr Geld in die Republik investiert als Kiew in den 23 Jahren, in denen die Krim Teil der unabhängigen Ukraine war, so die Reporterin. Als Beispiel nannte sie Projekte wie die Krim-Brücke, die Autobahn „Tawrida“ und den neuen Flughafen von Simferopol. Darüber hinaus würden Kindergärten, Krankenhäuser und Kraftwerke gebaut.

„Alles wird im wahrsten Sinne des Wortes von Grund auf errichtet“, so Medwedewa.

Die verbreitete Vorstellung, dass die Preise auf der „russischen Krim“ nun höher als in der Ukraine seien, konnte die Reporterin nach eigenen Angaben nicht bestätigen: Alles sei unterschiedlich. Es gebe Waren, die auf der Krim teurer seien, zugleich gebe es aber Sachen, die wiederum weniger kosteten.

So würden Benzin sowie Wohnungs- und Kommunaldienstleistungen (insbesondere Heizung) auf der Krim günstiger als in der Ukraine sein. Die Löhne und die Renten seien wiederum höher.

Zugleich verwies die ukrainische Journalistin darauf, dass viele internationale und sogar russische Unternehmen wegen der westlichen Sanktionen an der Arbeit auf der Krim gehindert würden.

Als einen der „unangenehmen Aspekte“ für die Krim-Bewohner nannte Medwedewa die Notwendigkeit, sich an die russischen Gesetze zu halten. So habe hier früher niemand Steuern

gezahlt, Unternehmen hätten lediglich die zuständigen Behörden bestochen. In Russland müsse man aber Steuern zahlen.

„In der Ukraine gibt es diesen Glauben, dass nur Dummköpfe Steuern zahlen. Für kleine Unternehmen auf der Krim, die an ganz andere Arbeitsbedingungen gewöhnt sind, ist das ungewöhnlich und sehr unbequem“, betont Medwedewa.

Laut der Reporterin unterstützt die Mehrheit der Krim-Bevölkerung tatsächlich die Wiedervereinigung mit Russland: „Gibt es Nostalgie nach der Ukraine? Ich habe danach gefragt, und trotz allem sind 70 Prozent für Russland.“

Wenn es Sehnsucht nach der Ukraine gebe, dann nur nach der Ukraine, wie sie vor dem Jahr 2013 gewesen sei. „Und es liegt nicht einmal an den Löhnen, sondern daran, dass die Ukraine mit ihren heutigen Helden und Werten für die Krim-Bewohner ein fremdes Land ist“.

Der ehemalige georgische Präsident und Ex-Gouverneur von Odessa, Michail Saakaschwili, hatte zuvor in einem Interview gesagt, der ukrainische Präsident Petro Poroschenko habe die Krim sozusagen gegen die Nato „eingetauscht“. Saakaschwili hatte nach eigenen Angaben mit Poroschenko während der Ereignisse auf der Krim im März 2014 gesprochen. „Ich hatte ein Gespräch mit Petro Poroschenko. Er sagte zu mir: Weißt du, Mischa, du hast dich ja praktisch mit dem Gedanken abgefunden, dass Südossetien und Abchasien niemals wieder Teil Georgiens sein werden. Genauso müssen wir uns damit abfinden, dass die Ukraine die Krim verlieren wird. Dafür werden wir sie (die Halbinsel – Anm. d. Red.) gegen die Mitgliedschaft in der Nato und der EU eintauschen.“

Das Interview wurde auf der Facebook-Seite Saakaschwilis veröffentlicht. Wie viel von den Aussagen des Ex-Präsidenten Georgiens der Wahrheit entspricht, lässt sich leider nicht überprüfen.

Westliche Länder bezeichnen die Wiedervereinigung der Halbinsel Krim mit Russland weiterhin als „Annexion“. Moskau weist seinerseits diesen Vorwurf mit der Begründung zurück, es habe auf der Halbinsel 2014 ein Referendum stattgefunden, bei dem auch ausländische Beobachter präsent gewesen seien. Knapp 97 Prozent der Krim-Bewohner hatten sich damals für den Beitritt zur Russischen Föderation ausgesprochen.

Der Kreml weist zugleich darauf hin, dass die Bewohner der Halbinsel den nationalistisch geprägten Staatsstreich in Kiew im Jahr 2014 nicht akzeptieren wollten. Auf der Krim befindet sich zudem der für Russland strategisch wichtige Flottenstützpunkt Sewastopol.